

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 587 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 211

Bezugspreis: 48 Pfg. und Quartier monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, halbjährlich M. 7,00, jährlich M. 13,00. Durch die Post monatlich M. 1,34, vierteljährlich M. 4,00 außer Postgeb.

Morgen-Ausgabe  
Sonnabend, 16. November

Anzeigenpreis: 20 Pfg. pro Zeile 10 Pfg. pro Tag, 100 Pfg. pro Woche, 200 Pfg. pro Monat, 300 Pfg. pro Vierteljahr, 500 Pfg. pro Halbjahr, 800 Pfg. pro Jahr. Einmalige Anzeigen 10 Pfg. pro Zeile. Kleinanzeigen 5 Pfg. pro Zeile. Einmalige Kleinanzeigen 3 Pfg. pro Zeile. Einmalige Kleinanzeigen 2 Pfg. pro Zeile. Einmalige Kleinanzeigen 1 Pfg. pro Zeile.

„In beständiger Freiheit ergötzt unerschütterlich die Nation, selbst gegen grösste Gefahr — Unmut, Verwirrung, Mißtrauen und zuletzt Unterdrückung aller Freiheit, Vernunft und Erfahrung drängen es einem Gemisch von Freiheit und Beschränkung. Nur dieses Gemisch kann befriedigen. Im weitesten Verstande ist bloßer Schein, sei es von Freiheit, sei es von Beschränkung.“

### An unsere Leser

Herzlichst kaufen bei und Zustimmungserklärungen und Beschlüssen für den Mittwoch abend erscheinenden Anlauf. Nachrichten des Bürgeriums ein. Auch die Neuankömmlinge für den Donnerstagabend und den Freitag der „Halle'schen Zeitung“ werden sich freuen. Die Zahl der Zuschriften hat eine derartige Höhe erreicht, daß wir schon rein technisch nicht mehr die Möglichkeit haben, jedem Einzelnen, wie wir es gerne tun möchten, persönlich zu danken. Wir tun es daher auf diesem Wege und bitten unsere Freunde und Leser gleichgültig, in dem Eifer für die Sache des Bürgeriums und der „Halle'schen Zeitung“ nicht zu erlahmen. Jetzt ist die günstigste Zeit zu praktischer Mitarbeit, denn die Revolution hat den Mittelstand in Stadt und Land glücklich ausgerüttelt. Die Gefahren des Bolschewismus, die das ganze Bürgerium gleichmäßig bedrohen, werden noch immer nicht in ihrer ganzen Schwere erkannt. Je weiter aber die Stimme der „Halle'schen Zeitung“ reicht, desto mehr wird der Ausbreitung des Bolschewismus Einhalt getan. Die „Halle'sche Zeitung“ wird sich wie bisher durch keine so unangenehme Fällung des Proletariats beirren lassen, wenn auf der Grundlage der gegebenen Zustände für den Wohlstand des Deutschen Reiches und Vorkess, für Bürgerinteressen und die Lebensbedingungen des Mittelstandes im weitesten Umfange unbeeinträchtigt einzutreten.

### Bürgerräte

In einigen hiesigen Städten haben sich auf Anregung des Landtags Bürgerausschüsse gebildet, die sich in der Zusammensetzung aus 4 bis 6 Mitgliedern zusammensetzen und mit diesen Mandat in Verbindung der neuen Ordnung arbeiten. So sehr wir die Anregung des Landtags begrüßen, so müssen wir andererseits doch bedauern, daß der Landtag bei der Gründung der Bürgerräte die verschiedenen Kreise nicht in dem Maße berücksichtigt hat, wie dies im Interesse der gemeinsamen Sache notwendig gewesen wäre. Wenn das Bürgerium selbst hier nicht über die alte Unzufriedenheit nicht hinwegkommen sollte, würde der Gewinn daraus allein die radikale Sozialdemokratie kontrahieren. Wir möchten der Ermattung des Bürgeriums nicht zulassen, daß es in Folge geringen Verstandes die Sozialdemokratie entgegenzusetzen. Dann wird diese nicht umhin können, die Bürgerkraft am Wiederaufbau unserer staatlichen und wirtschaftlichen Lebens teilhaben zu lassen.

### Wahländerungen in Qlogau

In Qlogau, wo am Sonnabend Nacht große Wahländerungen vorgenommen wurden und der Landrat stützen mußte, wurde der bisherige Leiter der Umsturzkommission, der Wählerführer Karl Gellert, auf der öffentlichen Volksversammlung auf dem Marktplatz der hiesigen Volkshauskommission übergeben. Die Wahländerungen wurden durch den Landtag am Freitagabend in Qlogau beschlossen. Speziell mußte wegen der Erbitterung der Masse in Qlogau genommen werden. Der N. und S. Rat hat sich in Qlogau neu konstituiert, und die Ordnung wiederhergestellt.

### Die Arbeiterpartei gegen die englische Regierung

Die Konferenz der Arbeiterpartei hat mit sehr großer Mehrheit beschlossen, die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Regierung abzubrechen. Thomas, der Führer der Eisenbahner, hat den Antrag, aus der Regierung auszutreten, unterstützt, erklärte, daß eigentlich die Arbeiter den Krieg gewonnen hätten. Wenn sie auf der Friedenskonferenz nicht vertreten wären, würden sie die einzige dort nicht vertretene Klasse sein. Sie hätten das unbefugte Recht auf Vertretung, nicht nur in ihrer Eigenschaft als Teil der Nation. Auf der Konferenz wurde wiederholt die Forderung aufgestellt, daß der frühere bolschewistische Sozialist in Qlogau, John Radzian, der jetzt interniert ist, freigelassen werden müsse. Ein darauf bezüglicher Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen. Die acht Arbeitermitglieder der Regierung werden demnach zusammenkommen, um zu dem Beschluß der Arbeiterkonferenz, daß sie nach Aufhebung des Parlaments aus der Regierung austreten sollen, Stellung zu nehmen. Es versteht sich, daß diese Minister nicht einsehen, warum sie aus der Regierung in dem Augenblick austreten sollen, wo die Arbeiter vollen Einfluß auf die Verwaltung haben sollen, zumal da sie mit voller Zustimmung ihrer Gewerkschaften in die Regierung eingetreten wären.

den müsse. Ein darauf bezüglicher Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen. Die acht Arbeitermitglieder der Regierung werden demnach zusammenkommen, um zu dem Beschluß der Arbeiterkonferenz, daß sie nach Aufhebung des Parlaments aus der Regierung austreten sollen, Stellung zu nehmen. Es versteht sich, daß diese Minister nicht einsehen, warum sie aus der Regierung in dem Augenblick austreten sollen, wo die Arbeiter vollen Einfluß auf die Verwaltung haben sollen, zumal da sie mit voller Zustimmung ihrer Gewerkschaften in die Regierung eingetreten wären.

### Das Abgeordnetenhaus aufgelöst

Berlin, 14. November.  
In Übereinkunft mit dem Beschluß des Vollausses des N. und S. Rates verordnet wir was folgt:  
Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.  
Das Herrenhaus wird besetztigt.  
Berlin, 15. November 1918.  
Die preussische Regierung:  
gez. Fiesch, Strödel, Braun, C. Graf, H. Hoffmann, Dr. Nolte.

### Kaufing auf der Friedenskonferenz

Sapientagen, 15. Nov.  
Telegramme aus Washington melden, daß Kaufing als Mitglied der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Versailles anwesend sein wird. General Volsch und Smith werden zusammen mit Kaufing auf der Friedenskonferenz vertreten.  
Nach einer Weitermeldung aus London schreibt „Daily Chronicle“, daß die Friedenskonferenz am Anfang 1919 in Versailles zusammenzutreten werde. Zu den britischen Bevollmächtigten würden Lord George, Balfour und Baines gehören. Das Personal der britischen Delegation werde vermutlich über 200 Personen zählen.  
Wilson geht nach England, London, 14. Nov. (Muzer). Die Ankunft Wilsons in England wird binnen kurzem erwartet.

### Dank an Wilson

Berlin, 15. November.  
Die Deutsche Regierung hat eine Note nach Washington geschickt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in genügendem Maße zu ermöglichen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Güter nicht nur, und daß die Annahme der hiesigen deutschen Bevölkerung von den hiesigen deutschen Behörden nicht zu ermöglichen sei. Die deutsche Regierung hätte deshalb, so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Ort zu entsenden, um dort mit den britischen Bevollmächtigten die Einzelheiten zu besprechen. Die Note regt an, daß die Angelegenheit möglichst in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könne.  
Nach dem „Volks-Anz.“ meldet „Times“: Nicht ehemalige deutsche Dampfer verlassen am 10. November, mit Lebensmitteln für Deutschland beladen, New York.

### Bewaffnung der Bauern in Holland

Haag, 15. Nov.  
Um gegen revolutionäre Aufständische vorbereitet zu sein, bereiten sich jetzt im ganzen Lande Organisationen vor. Sie sollen vor allem die Gemeindebewaffnung in Holland betreffen. Am Ende des Landes hat bereits die Bewaffnung der Bauern mit Gewehr und Karabinern begonnen.

### Eine Warnung an die Polen

Lublin, 15. November.  
Dem neutestschen Büro zufolge verfaßt die englische Auswärtige Amt eine Erklärung, in der die Polen anlässlich der Außenprogramme darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Willkür in Amerika nur denjenigen mitteleuropäischen Völkern beim Wiederaufbau helfen würden, die durch die Tat beweisen, daß sie Ordnung und zivilisierte Zustände wünschen.

### Entlassungen aus dem Heer

Berlin, 15. November.  
Aus einem Muzer, unterzeichnet von C. Graf, des Kriegsministers, geht hervor, daß auch die älteren Jahrgänge bis einschließlich des Jahrgangs 1879 entlassen werden sollen. Leute in unbeschäftig-

Stellungen müssen warten. Giffasser (inab, sofern sie nicht freiwillig dienen wollen, sofort zu entlassen. Leute des linksrheinischen Gebietes ebenfalls, ausgenommen von denen die Jahrgänge 1898/99. Jeder Entlassene erhält 50 M. Entlassungsgeld und einen Entlassungsausweis.

### Ums nackte Leben!

Wir geben nachfolgend den Artikel eines geschätzten Mitarbeiters wieder, ohne uns jedoch mit allen Einzelheiten identifizieren zu können. Namentlich stehen wir einem Appell an die „Mittelschicht“ der französischen und englischen Völker sehr herzlich gegenüber. Die Sieb.

Man zeige die sozialdemokratische Regierung, was sie kann, ob sie wenigstens inländische ist, von Volk und Heimat das entschuldigste fernhalten, das langsame, planmäßige Hinmorden der Frauen und Kinder, wie es England schon vor 18 Jahren an 25 000 Bürgernfamilien verübt hat, wie es jetzt der feindliche Generalissimus Nord, indem er damit sein kühneres Schwert befeuert, im Auftrag Frankreichs, Englands und — der Vereinigten Staaten? an Deutschlands Mittern und ihrem blühenden Nachwuchs schmädelnd weiterzuführen will.

Was hat hinter diese bringende Forderung an unsere letzten Gemaltheber bis auf weiteres zurückzutreten; alles selbst unsere Kritik an dem neuen Regiment und seine politischen Maßnahmen oder hochschätzlichen Unterstellungen. Nichts! Nichts! Nur der harten Hand einer jeden Art Macht geltende Demokratie, nicht die Sorge um das schwer bedrohte Schicksal der Frey- und Meinungsfreiheit, nicht die Sorge um die künftige deutsche Staatlichkeit, und keine Macht der Welt wird uns zu der (wie wir selbstest überzeugt sind) selbstüberwiegenden Volksehre die stürmende Liebe zu Kaiser und Reich, die Bekanntheit zum monarchischen Staatsgedanken, die unaussprechliche Dankbarkeit vor dem großen Herrschergeiste der Hohenzollern aus dem Herzen reifen können. Aber der ehre- und offene, auf der Basis von Recht und Freiheit auszuführende Kampf um die künftige deutsche Staatlichkeit, ebenso wie auch die Frage nach denjenigen, die Schuld tragen an diesem grauenvollen Zusammenbruch — alles das ist solange weniger wichtig, als der andere Kampf, der um unsere nackte Existenz, noch unerledigt ist.

Auch die zum Siege gelangte Sozialdemokratie (und sie wird es am meisten!) hat, wenn sie herrschen und die Kunst ihres Herrschens beweisen will, ein brennendes Interesse daran, nicht ein abgeworfenes Volk zu regieren, dem wenigstens die Kraft und Mäßigkeit verbleibt, sich in härtester, aber fleißiger und unverbesserlicher Arbeit die neue Zukunft zu bereiten. Die militärische Katastrophe ist nicht mehr auszuhalten, und wir glauben auch, daß heute noch jemand einer solchen Mission sich hingibt. Das Bismarckreich liegt jetzt gerichtet am Boden. Glanz und Größe Deutschlands gebären, einzuweisen wenigstens, zu den Dingen von gestern, denen wir mit blühendem Herzen nachtrauern. Aber wir sagen uns in aller Ferneheit der Seele, daß dies nicht das Ende sein kann. Und soll es nicht das Ende sein, so hat die Sozialdemokratie, da sie das Auser erwirkt hat, keine heiligere Pflicht und keine schwerere Verantwortung auch vor sich selbst, als im wenigstens die soziale Katastrophe hinauszuhalten, die unaussprechlich ist, wenn die höchsten Hoffnungen der Menschheit, die an den hellen Wahnsinn grenzen, nicht eine entscheidende Wänderung erfahren. Es ist der blanke Wahn, den ein bis dahin ehrenhaftes Feldherren unter dem anstößigen Druck zu begreifen sich anstellt. Wenn er nach dem Siegesorte „Vae victis“ verfährt, so müssen wir heute schmerzhaft das Schicksal beugen. Wenn er aber über das militärische Schicksal hinweggreift und uns durch Wagnisse aller Beförderungsmittel die einzige Möglichkeit der Waffenernährung raubt, so muß es Mittel geben und es gibt sie, ihn hiervon zu verhindern. Die neue Regierung hat zunächst an Wilsons vielgerühmte Menschlichkeit appelliert und wir müssen abwarten, ob der amerikanische Chryseis dahin geht, statt eines behelfenden ein blankes Schwert in die Scheide zu stecken. Verlangt aber dieser Silberfuss eines uns äusseren getriebenen Volkes, so bleibt der neuen, sozialdemokratischen Regierung eine Waffe, die gerade sie nicht annehmen lassen darf? Das ist ein anderer Appell, an die Menschlichkeit des französischen und englischen Volkes, dessen Arbeitermassen doch gerade die Sozialdemokratie mit Erlösa die Frage vorlegen können müßte, ob sie, da sie den Sieg nun haben, durch-aus auch den gemeinen Erb- und dazu haben wollen, ob sie auf der Höhe des Triumphes den französischen und englischen Völkern für alle Zeiten schänden oder nicht doch ihre Regierungen abgeben wollen, dem am Boden liegenden, bis ins Mark entrossenen Deutschland doch das nackte Leben zu lassen!





